

Der Berliner Sozialgipfel

www.Berliner-Sozialgipfel.de



Landesverband
Berlin e.V.



BERLINER
MIETERVEREIN



Berlin-Brandenburg



Sozialverband
Deutschland



SOZIALVERBAND
VdK
VERBAND DER
KLEIN-UND MITTELWIRTSCHAFTLICHEN
UNTERNEHMEN



ver.di



Berliner Sozialgipfel
c/o DGB Bezirk Berlin-Brandenburg
Keithstraße 1-3
10787 Berlin

8. Berliner Sozialgipfel

12. September 2017, 17 Uhr

PODIUMSDISKUSSION ZUR BUNDESTAGSWAHL

Soziale Gerechtigkeit für alle
Wohnen • Leben • Arbeiten • Teilhaben

mit den Spitzenkandidatinnen und -kandidaten der Berliner Parteien

SPD

Eva Högl

CDU

Monika Grütters

Grüne

Lisa Paus

Linke

Petra Pau

Moderation:

Tina Groll, ZEIT Online

DGB Gewerkschaftshaus am Wittenbergplatz
Wilhelm-Leuschner-Saal

Keithstraße 1-3, 10787 Berlin

Soziale Gerechtigkeit für alle

Der Berliner Sozialgipfel fordert eine Politik, durch die alle am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Wir fordern die Parteien auf, sich klar zu unseren Forderungen zu äußern.

GUTE ARBEIT ist die Voraussetzung für gutes Leben. Bei aller Freude über Wirtschaftswachstum und sinkende Arbeitslosigkeit; dringend nötig sind die Stärkung der Tarifbindung und das Zurückdrängen von prekärer Arbeit, also von Leiharbeit, Werkverträgen, Mini- und Teilzeitjobs. Der Mindestlohn muss erhöht, die Kontrolle seiner Einhaltung muss verbessert werden.

Schlecht bezahlte, unsichere, ungesunde Arbeit ist die Hauptursache für schlechte Lebensbedingungen – auch von vielen Kindern – und für Altersarmut. Die Voraussetzungen für gute **RENTEN** sind gute Arbeit und die Stabilisierung des Rentenniveaus bei 50%. Für langjährig Versicherte mit Niedrigrenten ist eine armutsfeste Rente einzuführen. Alle Erwerbstätigen sind in die solidarische gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen. Zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit ist öffentliche Beschäftigung zu schaffen.

PREISWERTER WOHNRAUM wird immer mehr zur Mangelware. Das gilt vor allem für Berliner Mieter. Die Wohnkostenbelastung steigt durch Mieterhöhungen und hohe Angebotsmieten weiter an und angemessene Wohnungen sind für breite Teile der Bevölkerung nur sehr eingeschränkt verfügbar.

Wir fordern: Mieterhöhungen müssen beschränkt, Boden- und Grundstückspreise gestoppt und die Förderungen für langfristig mietpreis- und belegungsgebundene Wohnungen erhöht werden.

STEUERPOLITIK Der Unterschied zwischen Arm und Reich ist in kaum einem anderen Land Europas so groß wie in Deutschland. Wir fordern: Gerechtigkeit und Solidarität in der Steuerpolitik! Der Spitzensteuersatz muss angehoben, Kapitalerträge gerecht besteuert und die ungerechte Steuerprogression abgebaut werden; ungerechte Ausnahmen bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer sind abzuschaffen; eine Vermögenssteuer für hohe Vermögen ist einzuführen; Steuerflucht und Steuerhinterziehung müssen gestoppt werden.

Die **INTEGRATION VON FLÜCHTLINGEN** weist auch in Berlin erhebliche Mängel auf. Wir fordern deshalb deutlich verbesserte Rahmenbedingungen für Sprach- und Integrationskurse, Betreuung, Bildung und Ausbildung für Kinder und Jugendliche, Stärkung der Kinder- und Jugendhilfe für unbegleitete minderjährige Geflüchtete, Bleiberecht für langjährig Geduldete. Ausgebaut werden müssen die Bekämpfung der Fluchtursachen und die Schaffung sicherer Fluchtwege.

INKLUSION Die gesellschaftliche Teilhabe der Menschen mit Behinderungen ist auch in Berlin nur unzureichend umgesetzt. Wir fordern: Barrierefreiheit für Wohnungen, öffentliche Gebäude, Verkehrsmittel, Gesundheitseinrichtungen sowie die Abschaffung der ungerechten gesetzlichen Verpflichtung zum Rückbau behindertengerechter Einbaumaßnahmen in Wohnungen.

In der **FAMILIEN-, KINDER- UND FRAUENPOLITIK** gibt es erhebliche Defizite. Rund drei Millionen Kinder in Deutschland sind von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen. Wir fordern eine gerechte und solidarische Kinderpolitik: Verbesserung der Eingliederungshilfen für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen; Ausbau von Kindertagesbetreuungsangeboten einschließlich der Verbesserung der Relation von qualifizierten Fachkräften zu Kindern. Frauen in Deutschland durchschnittlich etwa 21 Prozent weniger Lohn als ihre männlichen Kollegen. Der Sozialgipfel fordert deshalb Lohngerechtigkeit, die den Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern bei gleicher Qualifikation abbaut.

OFFENE GESELLSCHAFT Der Berliner Sozialgipfel fordert die Intensivierung des Kampfes gegen Rechtsradikalismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Islamismus.

8. Berliner Sozialgipfel, 12. September 2017

Programm

- 16:00 Uhr Einlass-Beginn
- 17:00 Uhr Eröffnung: Doro Zinke, Vorsitzende des DGB Berlin-Brandenburg
Input: Soziale Gerechtigkeit für alle!
- 17:15 Uhr Podium mit den Spitzenkandidatinnen von SPD, CDU, Grünen und Linken zur Bundestagswahl am 24.09.2017
Diskussion in Themenblöcken zu
Gute Arbeit, Rente, Wohnen, Steuern, Inklusion, Flüchtlinge
jeweils mit Fachleuten der Sozialgipfel-Organisationen
- Diskussion
Moderation: Tina Groll, ZEIT online
- 19:00 Uhr Abschlussrunde



Anmeldung

Bitte möglichst online anmelden unter www.berliner-sozialgipfel.de

Hiermit melde ich mich für den 8. Berliner Sozialgipfel am 12.09.2017 an.

Name, Vorname

Organisation, Funktion

Straße, Hausnr.

PLZ, Ort

Telefon, Handy

E-Mail

Sollten mehr Anmeldungen eingehen, als Plätze im Saal zur Verfügung stehen, werden TN-Zusagen oder Absagen versendet. Es gilt die Reihenfolge des Eingangs beim DGB.

Der Berliner Sozialgipfel

2010 haben sich neun starke Organisationen zusammengetan, um gemeinsam mehr zu erreichen: Eine soziale und gerechte Politik für Berlin. Berlin soll für alle da sein. Nicht nur für die Jungen, Fitten, Wohlhabenden. Gerade für die Schwächeren wird es aber immer schwieriger, z. B. für ältere Menschen, Behinderte oder Flüchtlinge, Erwerbslose und Menschen mit geringem Einkommen. Der Berliner Sozialgipfel hat jedes Jahr ein Schwerpunktthema. 2015 war es „Mieten und Wohnen“, 2016 die soziale Stadtentwicklung, 2017 ist es die Bundestagswahl. Wir arbeiten für eine solidarische Gesellschaft, in der alle eine Chance und einen würdigen Platz haben.

www.awoberlin.de
www.hvd-bb.de
www.bb.verdi.de

www.berliner-mieterverein.de
www.ngg-ost.de
www.vdk.de/berlin-brandenburg

www.berlin.dgb.de
www.sovd-bbg.de
www.volkssolidaritaet.de/berlin

www.Berliner-Sozialgipfel.de



Landesverband
Berlin e.V.



BERLINER
MIETERVEREIN



DGB
Berlin-Brandenburg



HVD



NGG
NEUE GEWERKSCHAFTEN



SoVD
Sozialverband
Deutschland



SOZIALVERBAND
VdK
VERBAND DER UNABHÄNGIGEN



verdi




Berliner Sozialgipfel
c/o DGB Bezirk Berlin-Brandenburg
Keithstraße 1-3
10787 Berlin



Platz für Ihre Botschaft an die
Spitzenkandidatinnen der Parteien :

Bitte
ausreichend
frankieren.

Deutsche Post 
ANTWORT

Berliner Sozialgipfel
c/o DGB Berlin-Brandenburg
Keithstraße 3+1
10787 Berlin

Anmeldung per Fax: (030) 21240 - 142